

13. Ordentliche Mitgliederversammlung

24. Februar 2014

www.aktiv-stuhr.de

- Das Festhalten der Bremer SPD an der Linie 1, nur um die Linie 8 nicht zu gefährden, ist eine Steuerverschwendung von ca. 100 Mio. €.
 - Für den Fortgang der Planungen der Linie 1 ist ein neues Planfeststellungsverfahren erforderlich.
 - Auch nach mehr als 10 Jahren Planung gibt es bislang keine funktionsfähige Lösung für die Wendeschleife der Linie 1.
 - Das Bürgerbeteiligungsverfahren in Huchting war eine Farce! Politischer Wille kann nur von den Bürgern erzeugt werden.
- **Der Schienenbonus ist ein Anachronismus. Der Schienenbonus wird Anfang 2015 für Eisenbahnen und Anfang 2019 für Straßenbahnen entfallen.**
- Die Option der Fahrzeugbeschaffung war lediglich ein Druckmittel der BSAG, um vollendete Tatsachen zu schaffen.
 - Die Gemeinden Stuhr und Weyhe sind über die Fahrzeugbeschaffung nicht informiert.
 - Die Gemeinde Weyhe kann sich die Linie 8 aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht leisten.
- **Faktenlage zur Linie 8 wird von Politik und Verwaltung geleugnet.**
- Im Stadtverkehr ist der Einsatz von Straßenbahnen ab etwa 4.000 Fahrgästen pro Werktag und Richtung wirtschaftlicher als eine Buslinie. (<http://www.tram-krefeld.de/tram.html>)

11. März 2013: 12. Ordentliche Mitgliederversammlung

22. März 2013: Stattgebender Bescheid des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV) Bremen über den Antrag auf Informationszugang zu dem vollständigen Vertrag über die Verlängerung der Linie 8 von Bremen-Huchting über Stuhr nach Weyhe-Leeste vom 28. März 2008

25. März 2013: Planfeststellungsbeschluss für den niedersächsischen Teil der Linie 8.

10. April 2013: 103. Vorstandssitzung

14. April 2013: Anfrage an Peter Bauer (Geschäftsführer Weser-Kurier/Pressedienst Nord), worauf die Behauptung in der Beilage der RR vom 15. Februar 2013 zum 25jährigen Jubiläum der Interessengemeinschaft Stuhrer Unternehmer (ISU) beruht, die Erweiterung der Straßenbahn bis nach Weyhe sei sicher und werde von der Bevölkerung mehrheitlich gewollt (im Anschluss an die Anfrage vom 19. Februar 2013 an den Vorsitzenden der ISU, Harald Kroat; dieser hatte am 3. März 2013 eine Verantwortlichkeit für den Text verneint).

Antwort: Verantwortlich ist die Stark Kundenservice Center Achim GmbH / Weser-Kurier, Geschäftsführer Michael Sulenski

17. April 2013: Anfrage zur der o. g. Behauptung an Geschäftsführer Sulenski

Antwort von Dr. Christian Mayr, Stark Kundenservice: die Aussage stammt von Bürgermeister Niels Thomsen auf der ISU-Veranstaltung. Lothar Wimmelmeier von der Wirtschaftsförderung der Gemeinde Stuhr bestätigte diese noch einmal im Zuge eines Interviews für die Jubiläumsbeilage

22. April 2013: Anfrage an Bürgermeister Thomsen, auf welchen Tatsachen die Behauptungen in der Zeitungsbeilage zum ISU-Jubiläum beruhen; es habe bislang keinerlei repräsentative Umfragen oder Erhebungen in der hiesigen Bevölkerung gegeben, aus der die Behauptung, eine Mehrheit sei für die Straßenbahnverlängerung durch Stuhr und Weyhe, hergeleitet werden könne.

Antwort vom 24. April 2013: Es wurde eingeräumt, dass es zu der vorgenannten Behauptung keinerlei Umfragen oder Erhebungen gibt; „ebenso gibt es keinerlei repräsentative Umfragen oder Erhebungen in der hiesigen Bevölkerung, aus der die Behauptung, eine Mehrheit sei gegen die Straßenbahnverlängerung durch Stuhr nach Weyhe, hergeleitet werden kann“ (Anmerkung: letzteres hat auch niemand behauptet).

17. April 2013: Artikel in der RR (aufgrund einer Presseerklärung von Aktiv): „Streit über wirkliche Kosten für die neue Straßenbahn – Bürgerinitiative fürchtet 50 Millionen - BSAG bleibt bei 25,5“ zum Artikel: “Noch werden Einwände abgearbeitet – die BSAG gibt einen Zwischenbericht zur geplanten Verlängerung der Straßenbahnlinie 8 über Stuhr bis Weyhe“, RR vom 2. April 2013

22. April 2013: 104. Vorstandssitzung

3. Mai 2013 und Erinnerung vom 17. Mai 2013: Anfrage an Wilfried Eisenberg, Vorstand der BSAG, auf welchen Tatsachen dessen im Weser-Report vom 1. Mai 2013 zitierte Behauptung beruht, dass die Straßenbahnverlängerung von einer großen Mehrheit in der Gemeinde Stuhr getragen wird.

Antwort: *Keine*

14. Mai 2013: Außerordentliche Mitgliederversammlung zum Planfeststellungsbeschluss vom 25. März 2013

17. Mai: Mai. April 2012: Bericht an den Stern (verschwendet@stern.de) zur Verlängerung der Straßenbahnlinien 1 und 8 zum Artikel: „Subvention de luxe“ – wo verschwendet der Staat Geld? Wir gehen Ihren Hinweisen nach

Antwort 28. Mai 2013: *Wir sehen uns die Sache gern an und melden uns wieder bei Ihnen.*

Anmerkung: Eine weitere Meldung blieb aus.

21. Mai 2013: Pressekonferenz zum Vertrag vom 28. März 2008 über die Verlängerung der Linie 8 und der hierzu erstellten Expertise von Prof. Deiters vom 12. April 2013 (hierzu Berichte vom 22. Mai 2013 im Weser-Report und vom 23. Mai 2013 in der Kreiszeitung, RR und im Delmenhorster Kreisblatt).

27. Mai 2013: Besprechung in der Kanzlei Adamietz zur Vorbereitung der Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss)

17. Juni 2013: 105. Vorstandssitzung

Juni 2013: Entwurf einer Klagebegründung durch den Vorstand

Juni/ Juli 2013: Erhebung und Begründung der Klagen (zuständiges Gericht: Oberverwaltungsgericht Lüneburg) durch vier Aktiv-Mitglieder (vertreten durch Rechtsanwalt Axel Adamietz, Bremen und Rechtsanwalt Tobias Ohrt, Bremen).

15. Juli 2013: Bericht im Bremer Teil des Weser-Kuriers: „Langer Weg zur Akteneinsicht – Initiative aus Stuhr kämpft 20 Monate um ihr Recht / Informationsfreiheitsgesetz noch wenig bekannt“ (nach Bekanntgabe des gesamten Vorgangs zum Ersuchen auf Bekanntgabe des Vertrages über die Verlängerung der Linie 8 von März 2008 an den Weser-Kurier durch Vorstandsmitglied Monika Kannowski)

20. Juli 2013: Leserbrief von Vorstandsmitglied Dr. Joachim Döpkins im Weser-Kurier zum Bericht: Langer Weg zur Akteneinsicht

24. Juli 2013: Anfrage an die LfDI (Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit) Bremen, weshalb in deren 7. Jahresbericht vom 31. Dezember 2012 der Sachverhalt bezüglich der Angelegenheit „Vertrag vom 28. März 2008“ unvollständig und verharmlosend dargestellt wird.

Antwort vom 31. Juli 2013: Eine detaillierte Berichterstattung über jeden bearbeiteten Vorgang ist aus Kapazitätsgründen nicht leistbar. Die LfDI entscheidet im jeweiligen Einzelfall, ob und in welcher Tiefe berichtet wird. Ggfs. können Entwicklungen erst im nächsten Jahresbericht berücksichtigt werden. Ob und in welchem Umfang über diesen Fall im nächsten Jahresbericht berichtet wird, steht zur Zeit noch nicht fest.

19. August 2013: 106. Vorstandssitzung

30. August 2013: Leserbrief von Mitglied Arnold Seifert in der Kreiszeitung: „Auf die Tram verzichten“ zum Bericht vom 23. August 2013 über die erneut angeordnete Haushaltssperre durch den Bürgermeister der Gemeinde Weyhe

(Die RR hatte die Veröffentlichung des Leserbriefs zu ihrem Bericht vom selben Tage zu diesem Thema abgelehnt mit der Begründung, „dass es nicht wirklich neue Erkenntnisse oder einen aktuellen Anlass zu dem Thema gab“).

8. August 2013: Schreiben des Vorstands an Gemeinde Stuhr, Gemeinde Weyhe und die BSAG zum Vertrag vom 28. März 2008 über die Linie 8

21. August 2013: Antwort der BSAG

7. September 2013: Antwortschreiben zum vorgenannten Schreiben (unter Beratung durch Prof. Dr. Deiters) mit Kopien an die Gemeinden Stuhr und Weyhe, den SUBV und die BTE

23. September 2013: Mail von Vorstandsmitglied Dr. Joachim Döpkins (unter Beifügung des vorgenannten Schreibens) an den Weser-Kurier zum Artikel zum Kurier am Sonntag vom 22. September 2013: „Verschwendung im Straßenbau“

Reaktion: keine

27. September 2013: Außerordentliche Mitgliederversammlung mit einstimmigem Beschluss über einen einmaligen Beitrag der Mitglieder zur Finanzierung der beim OVG Lüneburg anhängigen Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss.

7. Oktober 2013: 107. Vorstandssitzung

16. Oktober 2013: Bericht in der RR „Wendeschleife bleibt Streitobjekt: Eigentümer will das für die Verlängerung der Linie 8 eingeplante Grundstück nicht abgeben - und erhebt Vorwürfe“ (zum Bericht in der RR vom 4. Juli 2013: „Verhandlungen noch ohne Ergebnis – Wendeschleife für die Linie 8 soll in das Gebiet an der Hagener Straße / Enteignung des Eigentümers möglich“)

31. Oktober 2013: Ersuchen an den SUBV um Übersendung von Unterlagen zu einer Untersuchung über Auswirkungen der Herausnahme einer Straßenbahnquerverbindung im Bremer Osten (Linien 2 und 10) 32 auf den Kosten-Nutzen-Faktor für die Linien 1 und 8.

Antwort vom 11. November 2013: Verweigerung der Information mit der Begründung, dass die o. g. Unterlagen noch beim BMVBS zur Prüfung vorlägen

18. November 2013: 108. Vorstandssitzung

19. Dezember 2013: Anrufung der LfDI wegen Verweigerung der Information durch den SUBV (angekündigt nach vorherigem Telefonat mit dem SUBV, bei dem dessen ablehnende Haltung nochmals bekräftigt wird.

Antwort der LfDI und des SUBV vom 27. Januar, 28. Januar und 31. Januar 2014: Dem Ersuchen wurde entsprochen. Die in Rede stehende Untersuchung wurde auf der Internetseite des SUBV veröffentlicht. Hieraus geht hervor, dass es sich – im Gegensatz zu dem Behauptungen Bürgermeister Thomsens – keineswegs um eine Neuuntersuchung oder Aktualisierung der Standardisierten Bewertung für die Linien 1 und 8 gehandelt hat. Es wurde lediglich geprüft, ob die Herausnahme der Verlängerung der Linien 2 und 10 Auswirkungen auf die Verkehrsnachfrage für die Linien 1 und 8 und insoweit Auswirkungen auf deren Kosten-Nutzen-Faktor hat (wurde verneint)

13. Januar 2014: 109. Vorstandssitzung

23. Januar 2014: Teilnahme der Vorstandsmitglieder Monika Kannowski und Ralph Reckert an der Ratssitzung in Weyhe, Verteilung eines Offenen Briefes durch Ralph Reckert an die Ratsmitglieder zum TOP „Darlehensgewährung an die BTE“ (weitere € 410.000,--, davon 40 % durch die Gemeinde Weyhe).

Anm.: Die Gemeinde Weyhe befindet sich in einer Haushaltsnotlage mit Haushaltssperre. Die Verbindlichkeiten der BTE belaufen sich per Ende 2012 auf ca. 2,3 Mio.€ und haben sich seitdem vermutlich weiter erhöht.

- 12. April 2013:** Expertise „Zuschussbedarf der Linie 8 von Bremen nach Stuhr und Weyhe“ (Folgerungen aus dem Vertrag vom 28. März 2008)
- 17. Juni 2013:** Gutachterliche Einschätzung zu der Notwendigkeit einer aktuellen Standardisierten Bewertung (bisheriger Stand: Aktualisierung 2009)
- 18. Juli 2013:** Hinweise auf Beispiele (mit Quellenangaben) für Straßenbahnbetrieb auf Eisenbahn- Nebenstrecken (mit Güterverkehr).
Anm.: Das betrifft das Problem der Rechtsanwendung. In Niedersachsen soll eine Straßenbahnverlängerung auf einer Eisenbahnstrecke (Rechtsgrundlage: Allgemeines Eisenbahngesetz – AEG) durchgeführt werden. In Bremen hingegen wird hingegen für dasselbe Projekt das Personenbeförderungsgesetz – PBefG - angewandt.
- 7. August 2013:** Mitteilung über eine Anfrage an das Bundesverkehrsministerium (BMVBS) zur Überarbeitung der Verfahrensanleitung zur Standardisierten Bewertung und Einschätzung dazu
- 2. September 2013:** Beratung für das Antwortschreiben an die BSAG vom 7. September 2013 (zum Vertrag über die Straßenbahnlinie 8 vom 28. März 2008)
- 7. Dezember 2013:** Fahrplanvergleich des bisherigen Fahrtenangebots mit der künftigen „Vilsa-Linie“ (im zweijährigen Probebetrieb ab Mitte Dezember 2013) zwischen Hoya und Bremen
- 18. Januar 2014:** Vorschlag für die Teilnahme von Vorstandsmitgliedern an der Ratssitzung in Weyhe am 23. Januar 2014 zum TOP: „Darlehensaufnahme der BTE“ (wurde als „Offener Brief“ an die Ratsmitglieder verteilt)

Stand der Klagen:

- Kläger 1 (RA A. Adamietz): bislang keine Klageerwiderung
- Kläger 2 (RA A. Adamietz): bislang keine Klageerwiderung
- Kläger 3 (RA A. Adamietz): Klage wegen Hausverkauf zurückgenommen
- Kläger 4 (RA Tobias Ohrt): Klageerwiderung liegt vor
- Kläger 5: bislang keine Klageerwiderung
- Kläger 6: Klage zurückgenommen

Sowohl die NLStBV als auch die BTE lassen sich durch angesehene Anwaltsbüros vertreten!

Sonderzahlungen:

- An Sonderzahlungen für die Finanzierung der Klagen sind insgesamt € 5.535,-- eingegangen, darunter Spenden von Nichtmitgliedern in Höhe von € 170.
- € 1.155,-- sind noch offen. Damit haben 85 % der Mitglieder den Finanzierungsbeitrag gezahlt. 13 Mitglieder haben noch nicht gezahlt (6 Einzelmitglieder, 7 Doppelmitglieder). Diese werden zu gegebener Zeit erinnert. Für die Finanzierung der Klagen sind bislang für 3 Kläger Gerichtskosten von insgesamt rd. € 3.000,-- vom Vereinskonto gezahlt worden.
- **Der Vorstand wertet die Finanzierungsaktion als vollen Erfolg. Die Solidarität funktioniert.**

- Unterschiedliche Rechtsanwendung (auf bremischem Gebiet das PBefG und auf nds. Gebiet das AEG).
 - In der Klageerwiderung wird der Standpunkt vertreten, dass dieser Einwand präkludiert ist, da dieser nicht im Planfeststellungsverfahren vorgebracht wurde.
 - Die objektivrechtliche Verpflichtung der Behörde zur Beachtung aller ohnehin von Amts wegen zu berücksichtigenden rechtlichen Voraussetzungen der Planfeststellung unterliegt nicht der Präklusionswirkung. Ein Urteil des OVG Lüneburg bestätigt dieses.
- Es wird festgehalten, dass die Straßenbahn auf nds. Gebiet nicht wie eine Straßenbahn im eigentlichen Sinne anzusehen ist.
 - Üblicherweise verkehren Straßenbahnen entlang von Straßen, in diesem Fall fährt die Straßenbahn durch Gärten.
 - Widerspruch zu der Behauptung im Planfeststellungsbeschluss, dass es nur vereinzelt nachteilig Betroffene gibt.
 - **Die Straßenbahnverlängerung über Huchting ins südliche bremische Umland ist eine Gartenbahn.**

Vertrag aus 2008 und Vergleichsberechnung

- Der am 28.03.2008 zwischen der Stadt Bremen und der BSAG sowie den Gemeinden Stuhr und Weyhe geschlossene Vertrag über die Verlängerung der Linie 8 von Bremen-Huchting über Stuhr nach Weyhe-Leeste, enthält Regelungen zur Ermittlung des jährlichen Zuschussbedarfs des Straßenbahnbetriebs, deren Konsequenzen Dipl.-Ing. Volker Arndt bereits im **September 2007** im Rathaus Stuhr **öffentlich** vorgestellt hatte.
- Unserem diesbezüglichen Informationsersuchen an den SUBV wurde erst nach **18 Monaten** - nach Einschaltung der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (LfDI) und nach Beauftragung eines Rechtsanwalts entsprochen.
- Im Zusammenhang damit, dass die **inzwischen völlig veralteten Zahlen** bereits 2007 öffentlich vorgestellt wurden, wird klar, dass unter allen Umständen versucht wird, Informationen zurückzuhalten - das passt ins Bild zum Status in Huchting.
- Bei realistischer Betrachtung der zu erwartenden Fahrgast- und Kostenentwicklung für die Linie 8 muss mittel- bis langfristig von einem **Zuschussbedarf von jährlich 1,3 bis 1,4 Mio. €** ausgegangen werden. Das bedeutet, dass die Gemeinden Stuhr und Weyhe jede Personenfahrt mit der Straßenbahn mit **2 bis 3 € bezuschussen** müssten.
- Im Wettbewerb zahlreicher kommunaler Aufgaben um die knappen Haushaltsmittel der Gemeinden wäre eine solche Politik wohl kaum zu vertreten.
- Es ist zu bedenken, dass die Inanspruchnahme öffentlicher Fördermittel für den Ausbau der BTE-Strecke die Verpflichtung einschließt, den Straßenbahnbetrieb mindestens **20 Jahre** aufrecht zu erhalten.

Überarbeitung Standardisierte Bewertung Integrierter Schienenausbauplan Region Bremen (ÖPNV und SPNV) - Abschlussbericht Oktober 2012

- Die Bekanntgabe der "Überarbeitung" durch den SUBV wurde zunächst verweigert und nach Einschaltung der LfDI erst kürzlich auf der Internetseite des SUBV veröffentlicht.
- Zitat: „*Bei allen Vorhaben sind gegenüber dem Stand 2006 Kostensteigerungen im Bereich der Investitionen in die ortsfeste Infrastruktur aufgetreten.*“
 - Die im Zielnetz 2010 vorgesehenen Verlängerungen der Linien 2 und 10 entfallen, da das Nutzen-Kosten-Verhältnis jetzt kleiner 1 (Rückgang von 1,15 auf 0,53) ist.
- **Das Zielnetz 2010 ist damit hinfällig!**
- Kostensteigerungen der Linien 1 und 8:

	2006	2012	Nutzen/Kosten
Linie 1: Kosten in T€/Jahr	2.514	2.514	1,10
Linie 8: Kosten in T€/Jahr	1.233	1.233	1,25

- **Für die Linien 1 und 8 sind keine Kostensteigerungen aufgetreten!!!**
- Bereits 2008 musste der Senat einräumen, dass sich die Kosten für den geplanten Netzausbau gegenüber den bisherigen Schätzungen mehr als verdoppelt hatten.
- Mit dem Scheitern der Linie 1 würde die Verlängerung der Linie 8 hinfällig. Der Bremer Senat, die BSAG sowie die Gemeinden Stuhr und Weyhe werden keine Mühe scheuen, um das zu verhindern.

Artikel BN/WK vom 23.01.2014: Behördenangebot stößt auf heftige Kritik

- Ab **2019** soll die Linie 1 über das Roland Center hinausfahren. Für die notwendigen Baumaßnahmen muss die Stadt mit 37 Eigentümern über Grundstücksverkäufe verhandeln.
 - Das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) hat Eigentümern, deren Grundstücke voraussichtlich von der Baumaßnahme betroffen sind, angeboten, die Planungen im persönlichen Gespräch vorzustellen. Aus Sicht der Behörde ein besonderer Service.
- Gegner des Vorhabens, wie der Sprecher der Huchting-Initiative zu den Straßenbahnverlängerungen, Rolf Berger, interpretieren das anders:
 - Hier werde versucht, „klammheimlich und beschwichtigend mit Einzelnen über Grundstücke, Baumfällaktionen und Lärmschutzwände zu verhandeln“. Hinter den Kulissen habe es offensichtlich zahlreiche Beratungen gegeben, doch offiziell informiert worden sei noch niemand über die aktuelle Planung
- Die angebotene Vorabinformation wird als „gegenseitiges Ausspielen der betroffenen Anlieger“ bezeichnet.

Transparenz ist für das ASV offenbar ein Fremdwort

Artikel BN/WK vom 25.01.2014: Straßenbahngegner fordern Befragung

- Als Gesellschafter der BTE. befürwortete der Weyher Rat eine Ausfallbürgschaft
 - Notwendig sei dies, um die BTE aufgrund ihrer „wirtschaftlichen Entwicklung“ abzusichern, da „dingliche Sicherheiten“ nicht zur Verfügung gestellt werden könnten.
- Der Rat der Gemeinde hat der BTE seit 2007 bereits knapp 1,8 Millionen Euro an Darlehensaufnahmen bewilligt.
- Die Verbindlichkeiten der BTE beliefen sich Ende 2012 auf etwa 2,3 Millionen Euro und haben sich seither vermutlich weiter erhöht.
- Die Genehmigung eines Darlehens setzt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Unternehmens und Fachkunde der geschäftsführenden Personen voraus.
- Es drängt sich der Verdacht auf, dass mit einer erneuten Kreditaufnahme das Unternehmen lediglich am Leben gehalten werden soll, um das Straßenbahnprojekt nicht zu gefährden“.
 - Treffe dies zu, würde sich die bürgende Gemeinde der „Insolvenzverschleppung“ schuldig machen.
 - Weyhes Erster Gemeinderat A. Bovenschulte stellte dazu später klar, selbstverständlich unterziehe sich die BTE regelmäßig der Kontrolle durch einen Wirtschaftsprüfer.

Darlehensgewährung an die BTE

- Ein Zuhörer forderte, die Bevölkerung über eine Befragung mit ins Boot zu holen.
 - Bovenschulte verwies da auf die Kommunalwahl 2011.
 - Die Kritiker entgegneten, dass alle Parteien damals für die Linie 8 bis Leeste gewesen seien. Widerstand habe man lediglich durch Nichtwählen ausdrücken können – was ja auch gut 50 Prozent gemacht hätten.
- Die BTE ist als GmbH verpflichtet, ihre Bilanzen und Geschäftsberichte im Bundesanzeiger zu veröffentlichen. Das ist bis 2011 auch geschehen und die BTE hat entgegen ihrer rechtlichen Verpflichtung diese für das Jahr 2012 noch nicht veröffentlicht. Die Berichte sind unter www.unternehmensregister.de zu finden.
- Ein Herr Anlieger der Kleinbahnstrecke Sudweyhe hat sich an Aktiv gewandt. Er teilte mit, dass jetzt wieder Güterverkehr an der Strecke stattfindet (wohl von Schröder-Gas). Es fährt dort 2x am Tag (hin und zurück) eine Lok mit einem bis 3 Anhängern (mit sowenig Wagen ist das wahrscheinlich unwirtschaftlich). Der Zug macht einen Höllenlärm mit Gepfeife ca. eine Minute.
 - Wegen des Lärms hat sich der Anlieger mit an ein Weyher Ratsmitglied und die BSAG gewandt. Letztere verwies an den Betriebsleiter der BTE.
 - Die geforderte Installation einer Lichtzeichenanlage würde ca. 200.000 € kosten; Das Geld kann die BTE laut ihres Betriebsleiters nicht aufbringen.

- **Für den Fortgang der Planungen der Linie 1 ist ein neues Planfeststellungsverfahren erforderlich.**
 - **Daran wird hinter den Kulissen offenbar heftig gearbeitet.**
 - **Gegenseitiges Ausspielen der von Enteignung betroffenen Anlieger**
 - **Nutzen-Kosten-Verhältnis für die Linie 1 dürfte allein aufgrund des allgemeinen Preisanstiegs inzwischen deutlich kleiner 1 sein (Wegfall der Förderung).**
 - **Mit dem Scheitern der Linie 1 würde die Verlängerung der Linie 8 hinfällig. Der Bremer Senat, die BSAG sowie die Gemeinden Stuhr und Weyhe werden keine Mühe scheuen, um das zu verhindern.**
- **Kostenwahrheit für die Linien 1 und 8 nicht gegeben.**
- **Wirkliche Aktualisierung der Standardisierten Bewertungen dringend erforderlich.**
- **Der Vertrag aus 2008 enthält völlig veraltetes Zahlenmaterial**
 - **Regelungen zur Ermittlung des jährlichen Zuschussbedarfs des Straßenbahnbetriebs und deren Konsequenzen wurden bereits im September 2007 öffentlich vorgestellt.**
 - **Bemühungen zur Verhinderung der Herausgabe des Vertrags durch den SUBV nicht nachvollziehbar.**
- **Neuer Aspekt: Geschäftsgebaren und Bonität der BTE**

Es gibt immer Alternativen!



- **Initiative zur Optimierung des Buslinienverkehrs in Stadt und Umland**
 - als bezahlbare Alternative zu den ehrgeizigen Plänen zum Ausbau der Bremer Straßenbahn
 - Die Busanbindung von Stuhr und Moordeich ist verbesserungsbedürftig, vor allem hinsichtlich Häufigkeit und Vertaktung des Fahrtenangebots.
 - Die BSAG plant in den kommenden 15 Jahren die Umstellung ihrer Busflotte auf Elektrobusse
- **Durchführung von Stammtischen**
 - Nächster Termin: Montag, 7. April 2014, Gaststätte Kastanie, 19:30 Uhr
- **Begleitung und Unterstützung der Klagen zum Planfeststellungsverfahren**
- **Betrachtung der Bonität und des Geschäftsgebarens der BTE**
- **„Unterstützung“ alternativer Kandidaten bei der Bürgermeisterwahl in Weyhe**

„Aktiv“ fordert nach wie vor:

- **Alles auf den Tisch, alle an den Tisch!**